



Ralf Frühwirt
Weberstr. 18
69181 Leimen
Tel 06224-80434
Email: ralf.fruehwirt@ralf-fruehwirt.de

Pressemitteilung Suchthilfe

Grüne Fraktion im Kreistag unterstützt den Ausbau der Suchtberatung im Rhein-Neckarkreis

Die "Arbeitsgemeinschaft Suchthilfe im Rhein-Neckar-Kreis" hat in einem Gespräch mit der Fraktion der Grünen im Kreistag die schwierige Situation der Suchtberatung dargelegt.

Die Fraktion hatte durch einen Antrag im letzten Jahr erreichen können, dass die Finanzierung für die Stellen der Fachkräfte in der Beratung von bis dahin gut 35.000 € auf 45.000 € pro Stelle und auch die Zahl der finanzierten Stellen um eine zusätzliche Stelle aufgestockt wird. Wir halten das Angebot der Suchthilfe für gesellschaftlich bedeutsam und sehen die Notwendigkeit es auszubauen. Dies gilt insbesondere in Zeiten der Pandemie, die erhebliche psychosoziale Belastungen insbesondere auch in suchtgefährdete Familien bringt.

Als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft zeigten Frau Kirsch (Evangelische Stadtmission Heidelberg) und Herr Kaiser (bwlV) auf, welche komplexe Aufgaben die psychosozialen Beratungsstellen der Suchthilfe wahrnehmen. Sie beraten bezüglich legalen Suchtmitteln, illegalen Suchtmitteln, pathologischem Glücksspiel bis hin zu problematischem Medienkonsum. Dabei fungieren sie als Anlaufstelle mit Einzelberatung, bieten Selbsthilfegruppen an, betreiben eine umfangreiche Arbeit der Prävention in Betrieben und Schulen und kooperieren mit dem Jobcenter und helfen so Lebenslagen von Betroffenen zu stabilisieren. Sie unterstützen aber auch Hilfesuchende, dass sie suchtherapeutische Maßnahmen in Anspruch nehmen. Auf diese Weise bereiten sie den Weg, dass suchtherapeutische Angebote wirksam sein können wie zum Beispiel die Rehabilitation seitens der Kranken- oder Rentenversicherung. Auch verhindert sie die – wesentlich teurere – Inanspruchnahme von kommunalen Pflichtleistungen aus anderen Rechtskreisen wie SGB II, SGB VIII, SGB IX und SGB XII. Eine in den Landkreisnachrichten im Oktober 2020 veröffentlichte Arbeit (Löwenhaupt: Suchtberatung wirkt) legt ein Potenzial dar von 28 € an vermiedenen öffentlichen Kosten pro einem investierten Euro der öffentlichen Hand in die soziale Dienstleistung „Suchtberatung“.

Das Gespräch ergab jedoch, dass das gegenwärtige Angebot der Suchtberatung weiterhin unterfinanziert ist. Die auf unseren Antrag hin erfolgte Erhöhung der Förderung auf 45.000 € pro Stelle liegt immer noch weit unterm Landesschnitt. Diese liegt bei etwa 57.000,- € für Stellen von hierfür qualifizierten Fachkräften. Auch die Zahl der Fachkräfte pro Einwohner – derzeit 3,1 Fachkräfte auf 100.000 Einwohner – wird nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft auch nach der Aufstockung um eine Stelle noch deutlich darunter liegen.

Der Fraktionsvorsitzende Ralf Frühwirt betonte die Notwendigkeit, im künftigen Haushalt ausreichende Mittel einzustellen, um den notwendigen Ausbau realisieren zu können. Dr. Andreas Marg stellte klar, dass neben der neu einzurichtenden Stelle in Sinsheim auch die

dritte Stelle der Suchtberatung Weinheim in die Finanzierung aufzunehmen sein wird. Diese wird bis kommendes Jahr noch über Spenden der Hector Stiftung finanziert. Sie hat sich bereits als voll ausgelastet erwiesen und kann ihre sinnvolle Tätigkeit nur fortführen, wenn sie fest in der Planung und Finanzierung des Kreises verankert wird.

Fakten zum Thema

Das Angebot der Suchtberatung wird im Rhein-Neckar-Kreis derzeit von Beratungsstellen von vier Trägern sichergestellt: SB Heidelberg für den Rhein-Neckar-Kreis der AGJ (Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e.V.), Heidelberger Suchtberatung Blaues Kreuz der Suchtkrankenhilfe der Evangelischen Stadtmission Heidelberg gGmbH, Fachstelle Sucht Wiesloch des bwlV (Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention und Rehabilitation gGmbH), Psychosoziale Beratungs- und ambulante Behandlungsstelle der Suchtberatung Weinheim e.V. Beratungsangebote gibt es in Schwetzingen, Sinsheim, Eberbach, Leimen/St. Ilgen, Wiesloch, Hockenheim, Walldorf, St. Leon-Rot und Weinheim.

Anlagen:

Antrag der Grünen Fraktion im Kreistag:

https://www.gruene-kreistag-rnk.de/fileadmin/kreistag-rnk/14112020_Antrag_Foerderung_Suchtberatungsstellen_im_Kreis.pdf

Artikel Löwenhaupt: „Suchtberatung wirkt – auch in finanzieller Hinsicht“
(Landkreisnachrichten Oktober 2020 S182-186)

http://www.landkreistag-bw.de/fileadmin//user_upload/PDFs/Aktuell/Landkreisnachrichten/LKN_3_2020.pdf

Als Hinweis auf die Bedeutung der Thematik einige Fakten zum Thema der Alkoholabhängigkeit:

3,1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gelten als alkoholabhängig (Drogen- und Suchtberichts der Bundesregierung 2019), etwa 6,7 Mio. Menschen zwischen 18 und 64 Jahren praktizieren einen riskanten Gebrauch, ohne Einbeziehung der Dunkelziffer. Mehr als 2 Millionen Kinder unter 18 Jahren leben mit mindestens einem alkoholkranken Elternteil. Circa jedes 6. Kind ist von einer stofflichen Sucht in der Familie betroffen (vgl. <https://nacoa.de/fakten/zahlen>).

Laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung werden in Deutschland jedes Jahr etwa 10.000 Neugeborene mit Alkoholschäden zur Welt gebracht. Fetale Alkoholspektrum-Störungen stellen demzufolge die häufigste aller angeborenen Erkrankungen dar. (vgl. Fetales Alkoholsyndrom bei Wikipedia)

Alkoholassoziierte Erkrankungen fordern in Deutschland jährlich etwa 74.000 Todesopfer und verursachen über 50 Milliarden Euro direkte und indirekte Kosten für das Gesundheitssystem (vgl. Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, Jahrbuch Sucht 2020, Seite 16).

Alkohol hat nicht nur für die Konsumierenden, sondern auch für ihr soziales Umfeld sowie gesamtgesellschaftliche Folgen. Diese Folgen werden auch als Passivtrinken bezeichnet. Am häufigsten sind Familienangehörige, KollegInnen sowie Teilnehmende im Straßenverkehr betroffen (Statistisches Bundesamt, Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln im Straßenverkehr 2019).

Insgesamt leben in Deutschland etwa acht Millionen Angehörige alkoholkranker Menschen, die wegen der Abhängigkeit ihres Angehörigen in eine schwierige wirtschaftliche oder gesundheitliche Lage geraten können (vgl. Jahrbuch Sucht 2018, DHS).